

CAROLA WUTTKE

Der Aufruf »Für unser Land« im Spannungsfeld von Anspruch und Wirklichkeit.

Ein Beitrag zur Aufarbeitung der Wendezeit in der DDR

Zur Einordnung des Aufrufs in den Prozeß der Wende

In nahezu allen eingesehenen Chroniken und Dokumentensammlungen zum letzten Jahr der DDR findet sich der Aufruf »Für unser Land«¹ - oft in vollständigem Wortlaut. Auch in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Arbeiten und Analysen zur Wendezeit wird auf den Aufruf eingegangen, wird er wertend vorgestellt oder zu Bewertungen herangezogen.²

Der Politologe Eckhard Jesse ordnet den Aufruf in eine Zeitspanne ein, deren Eckdaten er von Mitte November 1989 bis zum 18. März 1990 faßt und die er als »Wende in der Wende« - als eine 2. Phase des gesamten Wendeprozesses - kennzeichnet. Prägende Ereignisse und Prozesse dieser Phase umreißend, stellt er fest: »In diese Zeit fällt auch die Tätigkeit des Runden Tisches, der sich keineswegs für die deutsche Einheit aussprach, sowie der berühmte, von Intellektuellen initiierte Aufruf 'Für unser Land' vom 26. November 1989.«³ Jesse läßt zwar offen, in welcher Hinsicht er den Aufruf als einen »berühmten« versteht - möglicherweise der prominenten Erstunterzeichner wegen, denn die Resonanz des Aufrufs bei der Bevölkerung schätzt er keineswegs als bemerkenswert ein. Aber wie auch andere Wissenschaftler weist Jesse dem Aufruf einen markanten Stellenwert in dem benannten historischen Zeitabschnitt zu und dem ist - bei allen möglichen Einwänden und noch anstehenden Untersuchungen - durchaus zuzustimmen. Der Aufruf ist nicht nur ein beachtenswertes Zeitzeugnis, das die demokratisch-sozialistischen Erneuerungsbestrebungen großer Teile des im Oktober aufgebrochenen DDR-Volkes belegt und dabei DDR-Identität aufspüren hilft. Das Zustandekommen, der Verlauf und die Ergebnisse der Aufrufaktion als Willensbekundung für ein eigenständiges Land stützen, gleichsam auf eigene Weise die inhaltliche Kennzeichnung von verschiedenen Phasen des Wendeprozesses, speziell der »Wende in der Wende«, die so von verschiedenen Politologen und Meinungsforschern in ihren Arbeiten benannt wird.⁴

Ihren Positionen folgend, markiert die »Wende in der Wende« faktisch die Prozesse des Übergangs von den reformsozialistischen Bestrebungen, die noch im Frühherbst von den neu entstandenen oppositionellen Gruppen, auf Massendemonstrationen, Kundgebungen und Protestaktionen gegen SED-Staat und Führungspartei artikuliert worden sind, zur Phase des Vollzugs der deutschen Einheit, die mit dem Wahlergebnis vom 18. März 1990 begründet wurde. Klaus

Carola Wuttke - Jg. 1947; Projektleiterin; Forschungsstelle für historische und sozialwissenschaftliche Studien des Unabhängigen Instituts für Friedens- und Konfliktforschung e.V.

Referat, gehalten am 30. September 1993 auf einem Workshop im Berliner Künstlerklub DIE MÖWE

Das Referat stützte sich auf Zuarbeiten des Forschungsteams, dem Konstanze Borchert, Klaus-Dieter Hoefl und Volker Steinke angehören, im besonderen auf eine gemeinsam erarbeitete und im Eigenverlag herausgegebene »Analytische Dokumentation« über die Aufrufaktion.

von Dohnanyi kennzeichnet diesen Abschnitt als »Wende von der demokratischen Revolution zur nationalen Restauration.«⁵ Auf den Kern gebracht ist es jener Zeitabschnitt, der den Umschlag zwischen dem revolutionären Eintreten breiter Volksschichten für eine erneuerte DDR und der mehrheitlichen Entscheidung der Bürger für ihre Abschaffung beinhaltet. Das fand vor allem auch darin seinen Ausdruck, daß sich verschiedene, auch konträre politische Interessen und Entwicklungstendenzen überlagerten und zu Konfliktkonstellationen besonderer Art führten.

So sind einerseits grundlegende Forderungen des sogenannten »heißen« Frühherbstes gerade in dieser Phase von Mitte November 1989 bis Mitte März 1990 verwirklicht worden. Beispielsweise ist der Führungsanspruch der SED aus der Verfassung gestrichen worden, es bildete sich ein pluralistisches Parteiensystem heraus, die Akzeptanz der neuen politischen Kräfte fand Ausdruck in der Etablierung des Runden Tisches, der selbst wiederum als basisdemokratische Kontrollinstanz gegenüber der Regierung wirkte. Und schließlich entschieden die Bürger in freier, geheimer und direkter Wahl über die Zukunft ihres Landes. Das sind sehr wohl Elemente verwirklichter Demokratie.

Andererseits aber vollzog sich im gleichen Zeitraum, unmittelbar beginnend nach der Öffnung der Grenze zur BRD und der Berliner Mauer am 9. November 1989, ein deutlicher Umschlag der Masseneinstimmungen – zunächst auf den legendären Montagsdemonstrationen in Leipzig und dann auch in vielen anderen Städten der DDR. Neben dem Ruf »Wir sind das Volk« trat immer breiter und sich greifend die Losung »Wir sind ein Volk«. Mitte Dezember 1989 wurde diese Losung schon von der Mehrheit der Demonstranten skandiert. Auch wenn Soziologen festgestellt haben, daß die Träger dieser Losung überwiegend nicht mehr die gleichen waren wie die Oktoberdemonstranten, zeigte sich hier bereits ein grundlegender Meinungsumschwung an, der sich dann in der gesamten Bevölkerung durchsetzte. Insbesondere die Leipziger Meinungsforscher Péter Förster und Günter Roski sind dieser Frage nachgegangen. Sie haben anhand verschiedener Untersuchungen belegt, daß die entscheidenden Veränderungen im Meinungsbild vor allem zwischen November 1989 und Anfang Februar 1990 stattfanden.⁶ Dabei waren die Demonstrationen zwar »imher eine Bewegung der Parteilosen«⁷ geblieben, aber die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Demonstrationsteilnehmer hatte eine deutliche Veränderung erfahren. Förster und Roski haben nachgewiesen, daß die von Demonstranten erhobenen Forderungen und vertretenen politischen Ansichten jeweils »séismographische« Voranzeigen der sich ausprägenden Haltungen und Meinungen der Gesamtbevölkerung waren. Das läßt sich auch durch Vergleiche von Untersuchungsergebnissen repräsentativer Meinungsumfragen aus der betrachteten Zeit mit Ergebnissen von Demonstrantenbefragungen zum Themenkreis »Haltung zur deutschen Einheit« belegen. Analog den Demonstrationsbekundungen ist die Vereinigung beider deutscher Staaten mit stetig wachsenden Zustimmungen aus nahezu allen Bevölkerungsschichten und politischen Gruppierungen in der

Zeit von November 1989 bis März 1990 beantwortet worden: Ende November 1989 haben sich 48 Prozent der DDR-Bürger für eine Vereinigung beider deutscher Staaten ausgesprochen (davon 16 Prozent sehr dafür). Zum Zeitpunkt der Vorstellung des Aufrufs »Für unser Land« waren demnach noch 52 Prozent der Bürger gegen die Vereinigung von DDR und BRD (davon 23 Prozent sehr dagegen). Ende Januar 1990, nach dem Abschluß der Aufrufaktion, votierten 79 Prozent der DDR-Bürger für die Vereinigung (davon 40 Prozent mit entschiedener Zustimmung) und von den 21 Prozent der Bürger, die sich noch gegen die Vereinigung erklärten, waren nur 6 Prozent entschiedene Gegner.⁸

Ohne hier auf die verschiedenen Ursachen eingehen zu wollen, sei aber ein bei Untersuchungen festgestellte Tatsache besonders vermerkt, die nämlich, daß es am Rande der Demonstrationen wie in der ganzen Bevölkerung von Mitte November 1989 »noch bis in den Januar 1990 hinein oftmals erbitterte Diskussionen über das Für und Wider« deutscher Einheit gab.⁹ Es spricht manches dafür, daß diese Tatsache im besonderen auch auf Einflüsse oder Wirkungen des Aufrufs »Für unser Land« zurückgeführt werden kann, zumal sich die angegebene Zeitdauer mit der der unmittelbaren Aufrufaktion deckt. In jedem Fall korrespondieren die auf Demonstrationen »vor« angezeigten Massenstimmungen mit dem Aufruf und der eben bis in den Januar 1990 hinein laufenden Aufrufaktion. Das bezieht sich sowohl auf Anlaß und Zeitpunkt der Veröffentlichung des Aufrufs wie auch auf den Verlauf und den von der Öffentlichkeit kaum noch wahrgenommenen Abschluß der Aktion.

Für die Initiatoren, ein engerer Kreis der Erstunterzeichner - etwa 10 Personen -, war der unmittelbare Anlaß für den Appell an die Bürger der DDR der sich auf den Novemberdemonstrationen abzeichnende Meinungswandel, der die Weiterführung einer demokratischen Revolution in Frage zu stellen begann: In der Hoffnung, dem entgegenwirken zu können und neue Impulse zu geben, wurde in kürzester Zeit der Aufruf erarbeitet und propagiert. In der bekanntgewordenen Fassung ist der Aufruf auf den 26. November 1989 datiert, am 28. November ist er auf einer Internationalen Pressekonferenz im Berliner Pressezentrum vorgestellt worden.

Die Aufrufaktion endete mit einer Schlußerklärung offiziell am 19. Januar 1990. Es mag für sich sprechen, daß es bisher nicht gelungen ist, diese Schlußerklärung in einer Presseveröffentlichung oder aus den Handmaterialien der Organisatorengruppe im vollen Wortlaut zur Kenntnis zu bekommen. Die mit dem Aufruf vertretene Position der Erhaltung und demokratischen Erneuerung eines selbständigen deutschen Staates neben der BRD war spätestens zu diesem Zeitpunkt nicht mehr die der Mehrheit der DDR-Bevölkerung.

Intentionen der Erstunterzeichner

Ausgehend von ehemals auf der Pressekonferenz am 28. November 1989 gegebenen Erklärungen und durchgeführten Interviews mit Erstunterzeichnern¹⁰ läßt sich das Grundanliegen des Aufrufs wohl so umreißen:

Auf der Pressekonferenz am 28. November 1989 trug Stefan Heym vor 75 in- und ausländischen Journalisten den Aufruf »Für unser Land« im Wortlaut vor. In seinen Ausführungen bezeichnete er das von Helmut Kohl am gleichen Tag vorgelegte »Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas« als »Quvertüre zur Vereinigung« der DDR und unterstrich damit das Anliegen des Aufrufs als Stellungnahme gegen eine solche Gefahr und für eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik.

»Also suchen wir nach einer solchen Qualität unserer Gesellschaft, in der Freiraum für die Persönlichkeit, Leistungsorientierung, soziale Sicherheit und Erhalt der Umwelt in neuer Balance zu einer neuen Lebensqualität vereint sind. Das ist die Kontur des Sozialismus in der DDR, die wir wollen.« (Aus dem Aufrufentwurf von D. Klein, Bernd P. Löwe, A. Türpe)

Es war die Absicht, die in der DDR entstandene Krisensituation mit ihren Gefahrenmomenten in das öffentliche Bewußtsein zu heben sowie Denk- und Handlungsimpulse für die Weiterführung des begonnenen demokratischen Umbruchprozesses zu geben. Darin waren sich die 31 Erstunterzeichner offensichtlich einig. Das bedeutete jedoch keineswegs, daß das Zustandekommen des Aufrufs bis zu seiner Endfassung ohne Konflikte und Auseinandersetzungen erfolgt wäre oder daß alle Erstunterzeichner die letztlich veröffentlichte Fassung des Aufrufs in gleicher Weise gebilligt hätten. Immerhin kamen die Initiatoren aus verschiedenen Gruppierungen der Gesellschaft, sie vertraten unterschiedliche politische und weltanschauliche Positionen. Erstaunlicherweise ist das von Chronisten und Wissenschaftlern vielfach nicht zur Kenntnis genommen worden. Selbst Arbeiten, die im unmittelbaren zeitlichen Umfeld des Aufrufs entstanden sind, beschreiben den Aufruf als eine Initiative von Schriftsteller (insbesondere von Stefan Heym, Christa Wolf und Volker Bräun) und/oder von führenden Vertretern oppositioneller Bewegungen (hier vor allem von Friedrich Schorlemmer, Konrad Weiß und Ulrike Poppe). Bei allen Verdiensten, die gerade die genannten Persönlichkeiten für die Vertretung und Propagierung des Aufrufs hatten, die Initiatoren kamen aus breiteren; wenn auch fast ausschließlich *intellektuellen* Kreisen. Es waren Wissenschaftler, Schriftsteller, Künstler, Pfarrer und kirchliche Würdenträger, Mediziner und Lehrer, ein Kombinatdirektor und eine Krankenschwester, die den Aufruf unterzeichneten. Der Anspruch der Initiatoren - so auch auf der Pressekonferenz verkündet -, für alle sozialen Gruppierungen der DDR-Gesellschaft zu stehen, ist faktisch nicht verwirklicht worden. In einigen Zuschriften ist das übrigens auch von Bürgern mit der Frage nach erstunterzeichnenden Arbeitern kritisch vermerkt worden.

Es ist aber durchaus von einigem Gewicht für die Bewertung des Aufrufs, daß ein Superintendent, führende Vertreter von oppositionellen Gruppen und Geisteswissenschaftler, die dem Reformflügel der SED angehörten, ein gemeinsames Positionspapier erstritten und öffentlich vertreten haben - in einer Zeit, die von Enthüllungen und Schuldzuweisungen von Profilierungsbestrebungen neuer und alter Parteien und politischer Gruppierungen geprägt war. Die Idee für dieses Vorgehen ist durch den niederländischen Pfarrer Dick Boer eingebracht worden und von ihm waren zunächst auch die Impulse für ein derartiges Zusammenstreichen gekommen. Nicht alle der von ihm angesprochenen Persönlichkeiten unterstützten dabei die Idee eines Aufrufs, aus welchen Gründen auch immer. Offensichtlich bedurfte es neben einer Motivation dafür auch der Bereitschaft für ein Zusammengehen mit anderen Akteuren sowie eines höheren Maßes an politischer Kultur im Umgang miteinander, um eine gemeinsame Plattform zu erarbeiten. Insbesondere die drei Aufrufentwürfe, die am Anfang der Debatte und der dann eingeleiteten Initiative standen, lassen darauf schließen.

Die von Superintendent Günther Krusche, von Konrad Weiß, einem Sprecher der Bürgerbewegung »Demokratie jetzt«, und den Wissenschaftlern Dieter Klein, Andrée Türpe und Bernd P. Löwe

vorgelegten Entwürfe verweisen auf gemeinsame, aber auch auf unterschiedliche Ausgangspositionen und Vorstellungen:

Alle vertraten die Idee einer besseren, vernünftigen Gesellschaft, in der Demokratie, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit die wichtigsten Stützpfiler sein sollten. Dabei gingen sie auch übereinstimmend von einem Verständnis dieser Gesellschaft als Alternative sowohl zur erlebten stalinistisch-sozialistischen DDR-Gesellschaft wie auch zur kapitalistischen Bundesrepublik aus. Und doch vertraten sie im einzelnen verschieden akzentuierte bzw. fundierte radikalreformerisch-demokratische Denkansätze.

Konrad Weiß orientierte in seinem Entwurf, der den programmatischen Vorstellungen der Bürgerbewegung »Demokratie jetzt« entlehnt war, auf eine neue, solidarische Gesellschaft, die stärker basisdemokratische Elemente enthalten sollte. Mit Begründung einer notwendigen Neugestaltung beider deutscher Staaten (da weder Kapitalismus noch Sozialismus als Gesellschaftsmodelle für heute und morgen noch taugen) schloß Weiß ihre anstehende Vereinigung, wenn auch in weiterer Zukunft ausdrücklich ein.¹¹

Die Wissenschaftler der Berliner Humboldt-Universität um Professor Dieter Klein erklärten sich in ihrem Entwurf für eine neue Qualität der sozialistischen Gesellschaft, die orientiert sein müsse an einer anderen, bisher nirgendwo auf der Erde ausgebildeten Entwicklungslogik der Menschheit. Sie machten auf die historische Chance eines neuen Sozialismus in der DDR aufmerksam und warnten vor der anstehenden Gefahr seines Untergangs sowie vor dem Ausverkauf der DDR.¹²

Superintendent Günter Krusche sprach in seinem Entwurf von der Hoffnung, daß die »Vision einer solidarisch-humanistischen Gesellschaft«, eines »Sozialismus in Freiheit«, in der DDR verwirklicht werde. Er rief dazu auf, der »vermeintlichen Freiheit des freien Marktes« zu widerstehen und konstruktiv am Aufbau einer wahrhaft menschlichen Gesellschaft mitzuarbeiten.¹³

Der von diesen Positionen her erarbeitete gemeinsame Aufrufentwurf, der am 25. November nach mehrstündiger Debatte vorgelegt hat, widerspiegelt noch nachvollziehbar den erstrittenen Konsens.¹⁴ Es ist hier offensichtlich gelungen, das grundlegend gemeinsame Anliegen herauszustellen, aber auch den verschiedenen Intentionen der drei Verfassergruppen Platz zu geben. In der von Christa Wolf am Folgetag redigierten Endfassung dieses Aufrufs - auch in gemeinsamer Diskussion mit einigen Initiatoren - ist dies allerdings zugunsten von Klarheit, Aussagekraft und Stil nicht mehr erkennbar geblieben. Hier setzt übrigens auch Kritik an, die im nachhinein von Erstunterzeichnern selbst vorgetragen wurde und wird, so von Superintendent Krusche oder auch von Friedrich Schbrlemmer.

Inhaltlich am problematischsten war dabei die Entweder-Oder-Formulierung. Sie entsprach nicht den wesentlich differenzierteren Vorstellungen und Diktionen aller beteiligten Akteure. Sie hob den vordem erstrittenen Konsens in bestimmter Weise wieder auf. Zudem brachte diese Gegenüberstellung von entweder eigenständige sozialistische DDR oder Ausverkauf dieses Landes an die BRD mehreren

»Doch wir geben die Hoffnung nicht auf, daß die Vision einer solidarisch-humanistischen Gesellschaft, in der Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit miteinander versöhnt sind, in der DDR verwirklicht wird. Deshalb streben wir einen neuen, besseren Sozialismus an als den real existierenden der Vergangenheit: einen Sozialismus in Freiheit.« (Aus dem Aufrufentwurf von G. Krusche)

»Zuerst müssen wir in unserem Teil Deutschlands eine demokratische und solidarische Gesellschaft aufbauen. Das wird uns allen Opfer abverlangen. Wir werden Mut und Geduld und die Hilfe unserer Nachbarn brauchen. Zugleich sollten die Deutschen in der Bundesrepublik beginnen, ihr Land zu verändern und die Fehlentwicklungen in ihrer Gesellschaft zu überwinden. Erst so wird dann in fernerer Zukunft eine neue Einheit Deutschlands möglich.« (Aus dem Aufrufentwurf von K. Weiß)

Erstunterzeichnern teilweise heftige Angriffe aus den Reihen ihrer Klientel ein - besonders den Vertretern von oppositionellen Gruppierungen sowie aus Kirchenkreisen -, und sie erschwerte ihnen auch die Vertretung des Aufrufs in der Öffentlichkeit. In Bürgerzeitschriften und Ablehnungen zum Aufruf spielte diese Alternativformulierung immer wieder eine Rolle. Sie wurde auch von solchen Bürgern diskutiert und kritisiert, die dem Aufruf ihre Unterschrift gegeben haben.

Zur Resonanz des Aufrufs

In der wissenschaftlichen Literatur wird eine Bewertung der Aufrufe unter dem Aspekt ihrer Resonanz zumeist umgangen oder rasch abgetan. Letzteres trifft beispielsweise auch auf Jesse zu. Er bemerkt, anknüpfend an den letzten Satz des Appells nur lapidar: »Es teilten aber nur wenige Bürger die 'Hoffnung' und 'Sorge' der Initiatoren.«¹⁵

»Ich stimme dem Aufruf ... voll zu. Ich bin für die Eigenständigkeit der DDR. Aber: - Wie soll das erreicht werden? - Warum sind keine Arbeiter bei den Erstunterzeichnern?«
(Zeitschrift, Archiv, Ak 2.1, Nr. 1, Dok. 5)

Abgesehen davon, daß diese Einschätzung mindestens ausdeutbar bleibt, ist sie so verkürzt auch nicht haltbar. Immerhin haben über eine Million Bürger aus allen Bevölkerungsschichten der DDR dem Aufruf ihre Unterschrift gegeben. An die Organisatoren und Erstunterzeichner sind Hunderte von Briefen, Erklärungen, Dokumente und Vorschläge verschiedener Art gesendet worden, wodurch vor allem auch qualitative Aussagen über das »Teilen von Hoffnungen und Sorgen« getroffen werden können. Keine vergleichbare Initiative jener Herbsttage - und derer gab es durchaus mehrere - hat eine so nachhaltige und zahlenmäßig große Resonanz gefunden wie der Aufruf »Für unser Land«. Dieser Fakt spricht zunächst für sich. Trotzdem ist zugleich ein weiter differenzierendes Herangehen und Bewerten notwendig, um angemessene Relationen zu finden. Die Gefahr einer Überbewertung des Aufrufs und seiner Resonanz ist mindestens ebenso groß wie die der Unterbewertung.

Was das in der Schlußerklärung der Erstunterzeichner bekanntgegebene Unterschriftenergebnis für und gegen den Aufruf betrifft - der Endstand wurde mit 1.167.048 Zustimmungen und 9.273 Ablehnungen angegeben -, so kann diese Angabe im Sinne einer Größenordnung durchaus als gesichert betrachtet werden. Das haben Übersichtsprüfungen ergeben. Zu rechnen ist jedoch mit einer Korrektur der Zahl der Ablehnungen. Nach jetzigem Stand der Durchsicht des Materials sind dies etwa 12.000, letztlich werden es vermutlich etwa 12.500 sein. Auch wenn damit exaktere Zahlen vorgelegt werden, für die Bewertung des tatsächlichen Ergebnisses der initiierten Willensbekundung für eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik Deutschland sollten sowohl Zustimmungen wie Ablehnungen als Richtwerte verstanden werden, das vor allem aus zwei Gründen:

Zum einen sind immer wieder Fragen zur Bewertung mit dem Blick auf eingegangene Unterschriftenlisten aus Betrieben und Schulen, von staatlichen Einrichtungen und gesellschaftlichen Organisationen gestellt worden. Viele Bürger und auch Erstunterzeichner selbst - so beispielsweise Bischof Demke -, befürchteten einen Bekundungsdruck alten DDR-Stils, und meldeten wiederholt Vorbehalte gegen Listensammlungen an. Auch wenn anhand von Zeitschriften, erklärten Rücknahmen, von Unterschriften u.a. nachzuweisen ist, daß die Bür-

ger (selbst NVA-Soldaten und Schüler) sehr viel selbstbewußter und mündiger waren als wahrscheinlich angenommen wurde, eine Relativierung des letztlich ausgezählten Ergebnisses sollte allein unter diesem Aspekt schon angezeigt sein.¹

Der zweite Grund, der auf relativierendes Umgehen mit den Zahlen verweist, ergibt sich aus dem Inhalt der Zuschriften. Abgesehen davon, daß es auch Zuschriften von Bürgern ohne Zustimmung oder Ablehnung gibt, liegt zwischen erklärten Zustimmungen und begründeten Ablehnungen ein breites Band von Standpunkten und Bekundungen, die sich in einigen Fällen genau in ihr Gegenteil verkehren. Das heißt, es gibt erklärte Zustimmungen, die inhaltlich dem Aufruf widersprechen, und es gibt Ablehnungen, die von der Begründung her mit der Intention des Aufrufs voll übereinstimmen. Auch das spricht für einen differenzierten Umgang mit dem Zahlergebnis der Aufrufaktion: Nicht aufzuheben ist indes, daß mit etwa einer Million Zustimmungen für eine eigenständige sozialistische DDR immethin 10 Prozent der wahlberechtigten Bürger dieses Landes die Hoffnungen und Sorgen der Erstunterzeichner teilten. Es kann darüber diskutiert werden, ob das gefhessen an anderen Initiativen in jener bewegten Wendezeit oder auch an vergleichbaren Aktionen in westlichen Demokratien - wenige oder viele sind.

Mit dem Blick auf die von Meinungsforschern erkundeten Ergebnisse in Bezug auf die Haltung zur Vereinigung beider deutscher Staaten (Ende November 1989 - 52 Prozent der DDR-Bürger dagegen) ist aber durchaus auch zu fragen, warum der Aufruf »nur« von etwa einer Million unterschrieben worden ist. Es ist anzunehmen, ausgehend von Bürgerzuschriften und Einschätzungen der Erstunterzeichner in Interviews, daß vor allem folgende Fakten eine Rolle gespielt haben:

Die vielfach abgelehnte Entweder-Oder-Formulierung im Aufruf. Sie ist zumeist als Freund-Feind-Schema alten DDR-Stils gewertet worden, weil es andere Erwägungen, insbesondere den von vielen Bürgern präferierten Weg einer Konföderation der deutschen Staaten ausschloß. Auch ist immer wieder auf das Fehlen konkreter Vorschläge über Wege und Konzepte, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, verwiesen worden.

Die anfängliche Orientierung der Erstunterzeichner auf Unterschriftenlisten und die durchgeführten Unterschriftensammlungen. Vielfach wurde grundsätzlich kritisiert, daß die Listen nicht vereinbar seien mit einer persönlichen Willens- und Entscheidungsbekundung. (Es gab demgegenüber aber auch deutliche Zeichen von Akzeptanz der Listensammlung.)

Erhebliche Skepsis und Ablehnung des Aufrufs bis hin zur Rücknahme schon gegebener Zustimmungen durch die Unterschriften von alten Führungskräften, namentlich vom Generalsekretär der SED Egon Krenz. Seit seiner stark propagierten, auch in der Auslandspresse beachteten Unterschrift unter den Aufruf ist immer wieder der Vorwurf der Instrumentalisierung dieser Initiative im Sinne einer Restauration der Macht der alten SED-Führungskräfte erhoben worden.

»Für unser Land. Aber wie soll das gehen? Meine Seele ist zerteilt. Für unser Land: ja, ja, ja. Wenn es überhaupt gehen wird, dann weiterhin und jetzt erst richtig unter großen Entbehrungen... Doch jetzt bin ich ausgehöhlt. Ich bin betrogen und enttäuscht. Ich fühle mich verkauft. Wäre es vielleicht nicht doch besser, sogleich das 'Oder' zu wählen oder besser gesagt, angesichts des gähnenden Abgrunds dem 'Oder' mit Fassung entgegen zu sehen?« (Zuschrift, Archiv, Ak 2.1, Nr. 1, Dok. 2)

Unsicherheiten bei den Bürgern gegenüber der Aufforderung des Appells zur freien persönlichen Willensbekundung, zumal in einer Grundfrage der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung. Nicht wenige Bürger sahen sich mit den vorgestellten Alternativen in eine schwierige Entscheidungssituation versetzt, was sich auch in Fragen an die Initiatoren und Erstunterzeichner insbesondere nach der tatsächlichen wirtschaftlichen Situation im Land, nach der Realität der präferierten Alternative unter der Sicht außenpolitischer Entwicklungen oder nach politischen Einflußmöglichkeiten der BRD äußerte.

»Ich kann Ihren Aufruf nicht unterstützen, da er nur zwei Extrempositionen beschreibt, die aus dem alten Denken resultieren: Guter Sozialismus hier, böser Kapitalismus dort... Mir scheint, daß die katastrophale wirtschaftliche Situation der DDR nicht berücksichtigt wird, und es wird auch die Fähigkeit der DDR-Bevölkerung zu Demokratie und freiem Denken sowie die Arbeitsmoral völlig überschätzt. Hierzu sind beispielsweise die Gedanken, die Prof. M. v. Ardenne kürzlich... äußerte, wesentlich, realistischer...« (Zuschrift, Archiv, Ak 3, Nr. 1, Dok. 1)

Zur Bewertung der Aufrufaktion

Die bislang vertretenen, auch bei Erstunterzeichnern und politischen Akteuren der Wendezeit im nachhinein erkundeten Meinungen zur Bewertung des Aufrufs »Für unser Land« gehen weit auseinander:¹⁶

Friedrich Schorlemmer bezeichnete ihn als ein »Spucken gegen den Wind«.

Dieter Klein kennzeichnete ihn als einen wichtigen Versuch, DDR-Öffentlichkeit gegen den 10-Punkte-Plan Kohls gesetzt zu haben.

Jutta Wachowiak bewertete ihn als einen, zu spät gekommenen Versuch des Mobilisierens der Bürger für den Erhalt der DDR.

Für *Lothar de Maizière* war der Aufruf von Anfang an ein vollkommen unrealistisches Unterfangen, sowohl ökonomisch wie auch innen- und außenpolitisch und angesichts der tatsächlichen Massenbestrebungen.

Peter-Michael Diestel mißt dem Aufruf historische Bedeutung bei, vor allem unter der Sicht, daß er seit Januar 1933 die erste freie Meinungsäußerung der Menschen im Osten Deutschlands war.

Das Spektrum der gegenwärtig vertretenen Positionen zur Bewertung des Aufrufs reicht also von unrealistisch und unwirksam bis zu historischer Bedeutsamkeit im ganzen bzw. in dieser oder jener Hinsicht.

Auch wenn nach jetziger, erst begonnener Aufarbeitung des Materials zur Aufrufaktion wie auch angesichts kaum vorhandener historischer Forschungsansätze eine fundierte Einschätzung noch nicht möglich ist, können jedoch folgende Aussagen und Thesen zunächst festgehalten werden:

Erstens: Der Aufruf war eine Initiative von Intellektuellen, die über weltanschauliche und politische Differenzen hinweg für die Erhaltung der Eigenständigkeit der DDR eingetreten sind. Die Initiatoren gingen dabei von der Vision einer »solidarischen Gesellschaft« aus, »in der Frieden und Gerechtigkeit, Freiheit des einzelnen, Freizügigkeit aller und Bewahrung der Umwelt« gewährleistet sein sollte. Dies war der Konsens.

Zweitens: Mit dem Aufruf wurde ein politisches Grundinteresse formuliert und vertreten, das ihn im Sinne eines gleichen Selbstverständnisses an die Seite des Runden Tisches stellt: Zehn Tage nach dem Aufruf »Für unser Land« etabliert, hatte der Runde Tisch auf seiner ersten Sitzung unterstrichen: »Die Teilnehmer des Runden Tisches treffen sich aus tiefer Sorge um unser, in eine Krise geratenes Land, seine Eigenständigkeit und seine dauerhafte Entwicklung.«¹⁷

Drittens: Der Aufruf war eine persönliche Willensbekundung der Erstunterzeichner und hauptsächlich darauf gerichtet, die Existenzfrage der DDR in das öffentliche Bewußtsein zu heben und mit der Orientierung auf eine »sozialistische Alternative zur Bundesrepublik« den politischen Willensbildungsprozeß der DDR-Bürger zu beeinflussen. Die aufgerufene Unterschriftenleistung unterlag dem Grundsatz der Freiwilligkeit.

Viertens: Der Aufruf war die rascheste öffentliche Reaktion auf die ersten merkbaren Veränderungen der Massenstimmungen in einer Situation, die von diametralen Wirkungen geprägt war: von den Erfahrungen der massenumfassenden Kundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989 einerseits und dem Sog der plötzlich geöffneten Grenze zur BRD am 9. November 1989 andererseits.

Die Kehrseite des sehr kurzfristigen Zustandekommens des Aufrufs war u. a., daß die Initiatoren die möglichen Reaktionen darauf und vor allem die *Potenzen* der von ihnen eingeleiteten Aktion nicht genügend bedacht haben. So sind vor allem auch konkrete Vorschläge von Bürgern und die faktisch oder direkt bekundete Bereitschaft eines großen Teils von ihnen zur Überleitung der Aktion in eine basisdemokratische Sammlungsbewegung oder eine andere Organisationsform nicht aufgegriffen oder genutzt worden.

Fünftens: Der Aufruf hatte wie keine vergleichbare Initiative, Aktion oder Willenserklärung jener Zeit so nachhaltig die öffentliche Debatte über die weitere Entwicklung der DDR beeinflusst. Nicht nur in Zuschriften an die Erstunterzeichner und Organisatoren, auch auf Kundgebungen, an Wandzeitungen, in Kirchen und in der Presse ist die Diskussion um das formulierte »Entweder - Oder« geführt worden. Das aber verweist darauf, daß ein Grundanliegen des Aufrufs durchaus verwirklicht worden ist.

Sechstens: Was die im Aufruf formulierten Alternativen der gesellschaftlichen Entwicklung betrifft, so hat der historische Prozeß die Antwort gegeben. Nicht das *Entweder* konnte in Angriff genommen werden, aber das *Oder* ist eingetreten, nicht über Zwischenstufen oder eine Vertragsgemeinschaft.

Die wichtigste Frage, die mit dem Aufruf aufgeworfen wurde, ist die, *ob* und vielleicht auch *wann* es eine reale Chance für eine eigenständige DDR mit solidarischer Gesellschaft gegeben hat. Wie immer sie je beantwortet werden kann, der Aufruf »Für unser Land« ist ein bleibendes Zeugnis von etwas DDR-Eigenständigem.

»Für unser Land« Aufruf vom 26. November 1989

Für unser Land

Unser Land steckt in einer tiefen Krise. Wie wir bisher gelebt haben, können und wollen wir nicht mehr leben. Die Führung einer Partei hatte sich die Herrschaft über das Volk und seine Vertretungen angemaßt, vom Stalinismus geprägte Strukturen hatten alle Lebensbereiche durchdrungen. Gewaltfrei, durch Massendemonstrationen hat das Volk den Prozeß der revolutionären Erneuerung erzwungen, der sich in atemberaubender Geschwindigkeit vollzieht. Uns bleibt nur wenig Zeit, auf die verschiedenen Möglichkeiten Einfluß zu nehmen, die sich als Auswege aus der Krise anbieten.

Entweder

können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen und versuchen, mit allen unseren Kräften und in Zusammenarbeit mit denjenigen Staaten und Interessengruppen, die dazu bereit sind, in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind.

Oder

wir müssen dulden, daß, veranlaßt durch starke ökonomische Zwänge und durch unzumutbare Bedingungen, an die einflußreiche Kreise aus Wirtschaft und Politik in der Bundesrepublik ihre Hilfe für die DDR knüpfen, ein Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte beginnt und über kurz oder lang die Deutsche Demokratische Republik durch die Bundesrepublik Deutschland vereinnahmt wird.

Laßt uns den ersten Weg gehen. N o c h haben wir die Chance, in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln. N o c h können wir uns besinnen auf die antifaschistischen und humanistischen Ideale, von denen wir einst ausgegangen sind.

Alle Bürgerinnen und Bürger, die unsere Hoffnung und unsere Sorge teilen, rufen wir auf, sich diesem Appell durch ihre Unterschrift anzuschließen.

Berlin, den 26. November 1989

Götz Berger, Rechtsanwalt; Wolfgang Berghöfer, Kommunalpolitiker; Frank Beyer, Regisseur; Volker Braun, Schriftsteller; Reinhard Brühl, Militärgeschichtler; Tamara Danz, Rocksängerin; Christoph Demke, Bischof; Siegrid England, Pädagogin; Bernd Gehrke, Ökonom; Sighard Gille, Maler; Ingeborg Graße, Krankenschwester; Stefan Heym, Schriftsteller; Uwe Jahn, Konstruktionsleiter; Walter Janka, Schriftsteller; Gerda Jun, Ärztin/Psychotherapeutin; Dieter Klein, Politökonom; Günter Krusche, Generalsuperintendent; Brigitte Lebentrau, Biologin; Bernd P. Löwe, Friedensforscher; Thomas Montag, Mediziner; Andreas Pella, Bauingenieur; Sebastian Pflugbeil, Physiker; Ulrike Poppe, Hausfrau; Martin Schmidt, Ökonom; Friedrich Schorlemmer, Pfarrer; Andrée Türpe, Philosoph; Jutta Wachowiak, Schauspieler; Heinz Warzecha, Generaldirektor; Konrad Weiss, Filmemacher; Angela Wintgen, Zahnärztin; Christa Wolf, Schriftstellerin

- 1 Anhang 1: »Für unser Land«, Aufruf vom 26. November 1989
- 2 Vgl. u.a. Der Fischer Weltatmanach. Sonderband DDR, Frankfurt/M. 1990, S. 67, S. 334; Zeno und Sabine Zimmerling: Neue Chronik DDR: Berichte, Fotos, Dokumente. 3. Folge, Berlin 1990, S. 3, S. 15 ff.; Hannes Bahrman, Christoph Links: Wir sind das Volk. Die DDR zwischen 7. Oktober und 17. Dezember 1989. Eine Chronik. Berlin und Weimar 1990, S. 143f, S. 219; Eckhard Jesse, Armin Mitter (Hrsg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte - Politik - Gesellschaft. Bonn 1992, S. 111ff.
- 3 Eckhard Jesse: Der innenpolitische Weg zur deutschen Einheit., in: a.a.O., S. 118.
- 4 Vgl. Rolf Reißig: Der Umbruch in der DDR und das Scheitern des "realen Sozialismus", in: Ders., Gert-Joachim Glaesner (Hrsg.): Das Ende eines Experiments. Umbruch in der DDR und deutsche Einheit, Berlin 1991, S. 39; Marianne Schulz, Jan Wielgohs: DDR-Identität zwischen Demokratie und DM, in: Thomas Blanke, Rainer Erd (Hrsg.): DDR. Ein Staat vergeht, Frankfurt/M. 1990, S. 124.
- 5 Klaus von Dohnanyi: Brief an die Deutschen Demokratischen Revolutionäre, München 1990.
- 6 Peter Förster, Günter Roski: DDR zwischen Wende und Wahl. Meinungsforscher analysieren den Umbruch, Berlin 1990, S. 54.
- 7 Ebenda, S. 162.
- 8 Ebenda, S. 53. Alle angegebenen Zahlen sind der Tabelle 4.2. »Haltung zur Vereinigung von DDR und BRD« entnommen.
- 9 Ebenda, S. 163.
- 10 Von den Mitarbeitern der Projektgruppe sind bisher Interviews mit 16 Erstunterzeichnern des Aufrufs, des weiteren mit fünf politischen Akteuren der Wendezeit durchgeführt worden.
- 11 Entwurf von Konrad Weiß, Archiv der Forschungsstelle für historische und sozialwissenschaftliche Studien des UIFK e.V., Ak 1.1, Dok. 1.
- 12 Entwurf von Dieter Klein, Bernd P. Löwe, André Türpe, Archiv, Ak 1.1, Dok. 3.
- 13 Entwurf von Günter Krüsch, Archiv, Ak 1.1, Dok. 2.
- 14 Erster gemeinsamer Entwurf der Initiatoren, Archiv, Ak 1.1, Dok. 4.
- 15 Eckhard Jesse: a.a.O., S. 125.
- 16 Die folgenden Aussagen sind den jeweils aufgezeichneten Interviews mit den Erstunterzeichnern oder politischen Akteuren der Wendezeit entnommen.
- 17 Zit. nach Helfmut Erles, Ewald Rose (Hrsg.): Vom runden Tisch zum Parlament, Bonn 1990, S. 23.